

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Freitag, 24. April.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate & Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

284.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 3/4 Sgr. Die Expeditionen nehmen alle Postanstalten des Reiches an.

Telegraphische Nachrichten.

Sattentag, 23. April. An Stelle des verstorbenen Grafen Renard wurde heute hier Landrath Bischoff (freikonfessionell) mit 237 von 347 Stimmen zum Landtagsabgeordneten gewählt. Auf den Gegenkandidaten, Pfarrer Gräber (ultramontan), fielen 110 Stimmen.

Wien, 23. April. Die „Destr. Korresp.“ vernimmt, daß der deutsche Botschafter, General v. Schweinitz, am 9. Mai d. J. sich mit seinen bereits in England befindlichen Angehörigen in Liverpool nach Amerika einschiffen und im Monat August, in welchem, wie verlautet, der Kaiser Wilhelm seine Badereise nach Gastein anzutreten gedenkt, hierher zurückkehren wird. — Das Herrenhaus hat heute den Vorschlag des Staatshaushaltes und das Finanzgesetz pro 1874 in zweiter und dritter Lesung angenommen und sodann die Beratung der Gesetzesvorlage betreffend die Regelung der Beiträge zu dem Religionsfond begonnen.

Bei der Generaldebatte nahmen Fürst Lobkowitz und die Kardinalen Rauscher und Schwarzenberg gegen, Baron Hein für die Vorlage das Wort. Der Kultusminister v. Stremaier hob den beiden Kardinälen gegenüber hervor, es sei seitens der Regierung wiederholt die Anbahnung eines Einverständnisses mit dem Episkopat über die den Gegenstand des Gesetzes bildenden Punkte angestrebt worden, alle desfallsigen Berührungen seien aber erfolglos gewesen und das Episkopat habe bis in die neueste Zeit Anträge solcher Art gestellt, daß die Regierung zu deren Beantwortung nur das gegenwärtige Gesetz für geeignet erkannte. Bei der Gesetzesvorlage handele es sich auch um keinerlei Konfessionsmaßregel, sondern lediglich um die Aufbesserung der äußeren Lage des niederen, ein Seelsorgeramt bekleidenden Klerus. Das Haus beschloß mit 66 gegen 20 Stimmen, auf die Spezialberatung des Gesetzes einzugehen.

Peft, 23. April. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein anscheinend offizielles Communiqué, in welchem die in hiesigen Oppositionsblättern mehrfach aufgestellte Behauptung dementirt wird, daß der Finanzminister Ohlcsy sich über Unordnung in der von ihm übernommenen Finanzverwaltung beklagt habe. Derselbe habe vielmehr Gelegenheit gehabt, sich von der pünktlichen Geschäftsführung unter seinem Vorgänger zu überzeugen. Die nach dem Rücktritte Kerkapolsky's verbliebenen Reste seien von dem Ministerpräsidenten von Sclavly erledigt worden. Die Bücher und Rechnungen seien am Ende des Jahres ordnungsmäßig abgeschlossen und seitdem sei keinerlei Unordnung mehr vorgekommen.

Somorrostro, 23. April. Der General Concha verweilt noch in Pareto, wo ein neues Truppencorps organisiert wird, und wird sich nächstens nach Santander begeben. Der Angriff auf die karlistischen Stellungen wird wahrscheinlich bis zum Sonnabend aufgeschoben werden. Mehrere Dampfschiffe, welche Kräfte der Regierungstruppen an Bord hatten, sind am Dienstag Abend in Santander eingetroffen.

Petersburg, 23. April. Durch Verfügung des Ministers des Innern ist der Vertrieb und der Kolportageverlauf des „Golos“, der seit dem 13. November v. J. verboten war, wieder freigegeben.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung.

Berlin, 23. April, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück und Leonhardt mit den Kommissarien Geh. Räten Förster, v. Schelling, Lucanus u. A.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern.

§ 1 der Vorlage lautet: „Einem Geistlichen oder anderen Religionsdiener, welcher durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassen worden ist, dieser Entscheidung aber nicht Folge leistet, kann durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angewiesen werden.“

Handelt derselbe dieser Verfügung zuwider oder befehrt er sich mit Ausübung des ihm entzogenen Amtes, so kann er seiner Staatsangehörigkeit durch Beschluß der Zentralbehörde seines Heimathsstaates verlustig erklärt und aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden.“

Hierzu liegen folgende Amendements vor: 1) von den Abgeordneten Meyer (Thorn), Hirschius und Graf Bethusy-Suc, welche unterstügt von der Mehrzahl der national-liberalen Partei (die Namen Kaiser und Oppenheim fehlen unter den Unterzeichnern), von den ehemaligen Mitgliedern der Fortschrittspartei Böme, Berger, Zinn, Groß und Kreutz, von der deutschen Reichspartei und von dem konfessionellen Abg. v. Minnigerode die von einer freien Kommission beschlossenen Änderungsanträge vertreten. Der Vorschlag bez. des § 1 geht dahin, statt der gesperrten Worte: „dieser Entscheidung aber nicht Folge leistet“ zu setzen: „und hierauf eine Handlung vornimmt, aus welcher hervorgeht, daß er die Fortdauer des ihm entzogenen Amtes beauptet“; b) in Absatz 2 statt der Worte: „Handelt derselbe“ bis „Amtes“ zu setzen: „Besteht die Handlung desselben in der ausdrücklichen Annahme des Amtes, oder in der thatsächlichen Ausübung desselben, oder handelt er der gegen ihn ergangenen Verfügung der Landespolizeibehörde zuwider“; c) in Absatz 2 statt des Wortes „Beschluß“ zu setzen „Verfügung“; 2) von den Abgeordneten Hänel und v. Hoberbeck a) in Absatz 1 statt der gesperrten Worte „dieser Entscheidung aber nicht Folge leistet“ zu setzen: „und sich mit Ausübung des ihm entzogenen Amtes befehrt oder eine Handlung vornimmt, welche nur kraft desselben vorgenommen werden darf“; b) den Absatz 2 des § 1 zu fassen: „Handelt derselbe dieser Verfügung zuwider oder befehrt er sich nach dem Vollzuge der Aufenthaltsbeschränkung mit Ausübung des ihm entzogenen Amtes, oder nimmt er nach dem Vollzuge der Aufenthaltsbeschränkung eine Handlung vor, welche nur kraft des ihm entzogenen Amtes vorgenommen werden darf, so kann er durch Verfügung der Zentralbehörde seines Heimathsstaates seiner Staatsangehörigkeit verlustig erklärt und aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden.“

Abg. v. Minnigerode erklärt, daß nur die Natur des Ausnahmefalles seine Freunde und ihn bestimmen können, den Gedanken des Gesetzesentwurfs trotz seiner draconischen Strenge anzunehmen. Die

Bezeichnung des römisch-katholischen Klerus durch das Gesetz selbst wäre sehr wünschenswerth gewesen und hätte das Ausnahmefallgesetz noch schärfer gekennzeichnet. Der Entwurf, durch die preussische Regierung eingebracht, ist die Konsequenz der Waagelese, und nachdem diese beschien, gebührt ihnen Gehorsam. Der Entwurf soll Gehorsam dem Gesetz erzwingen; de lege lata giebt es kein Streiten mehr. In dem Kampf, der entbrannt ist, geht es nicht um Glaubenssachen und um keine kirchliche Ueberzeugung, sondern der Kampf ist gegen den hierarchischen Gewissenszwang ein Kampf um die weltliche Macht, die der weltlichen Obrigkeit gebührt. Es handelt sich nicht um Trennung von Kirche und Staat, denn der eine Mensch mit seinen religiösen und seinen politischen Gefühlen läßt sich nicht in zwei Hälften zerlegen, und wie in den Theilen sich die verschiedenen Gewebe am engsten durchdringen, so soll es auch mit Staat und Kirche sein. Das Verständniß, die Veröhnung, der Frieden ist das Ziel des jetzigen Kampfes; aber dieser Ausgang ist nur möglich, wenn der Staatsgewalt zur Zeit die Waffen gegen die geistliche Hierarchie nicht verlagert werden. Freilich die katholische Blüthe dieses Kampfes, die Zentrumsfaktion, welche grade als Vertreterin des kirchlichen Autoritätsgedankens sich nun mit der Staatsautorität in schroffem Gegensatz befindet, hat eine immer bedenklicher werdende Haltung angenommen, so in jüngster Zeit noch Eschsch-Kochbrunnen gegenüber, beim Wechsele, beim Militärgefes und selbst, freilich bezeichnend genug, bei Vortug der Baufumme für das Wiener Hofschloß. Die jüngste Erwähnung der Grundrechte durch den Abg. Neidenperger erinnert lebhaft an die Haltung von Pio IX im Jahre 1848. Am bezeichnendsten ist die Vorstellung, welche unter dem 4. März d. J., die ultramontanen bairischen Reichstagsabgeordneten in Bezug auf den vorliegenden Gesetzesentwurf an den König von Bayern gerichtet haben. Es heißt in derselben u. A., daß die Vorlage als Glied einer langen Kette weiterer Pläne gegen die verfassungsmäßige Ordnung in Bayern erscheine: es sei ein neuer Eingriff in die Landeshoheit und namentlich in das Begnadigungsrecht des Königs, in Verkennung des Hoheitsrechtes solle eine der schönsten Perlen der Krone herausgebrochen werden. In dieser Rundgebung, abgesehen davon, daß die delikatesten Fragen unsanft berührt werden, liegt ein offenkundiger Beweis mehr, daß es sich hier in erster Linie nicht um einen religiösen, sondern um einen weltlichen Kampf handelt. Der deutsche Sinn des Königs Ludwig hat auch bereits die sichere Stellung genommen gegenüber diesem ultramontanen Baierthum. So sei auch im Reich die kaiserliche Autorität der höchsten leitende Gesichtspunkt; es handelt sich darum, Heerfolge zu leisten; deshalb gilt es zur Zeit, diesem Ausnahmefallgesetz zuzustimmen.

Abg. Windthorst: In diesem ersten Momente, wo das deutsche Parlament einen der verhängnisvollsten Schritte thut, ist es ein undankbares Geschäft, gegen einen Kompromiß anzukämpfen, wie er in den Anträgen des Abgeordneten Meber (Thorn) vorliegt. Als im preussischen Abgeordnetenhaus das Schlußfaßgesetz vorgelegt wurde, habe ich gesagt, daß mit demselben eine Wandlung der ganzen Geschichte Preußens erfolge, daß man sich dem Staat ohne Gott zuwende. (Widerpruch.) Man hat mir damals Ueberzeugung vorgebracht: ich frage alle, die ruhigen und nichtigen Augen die Sache betrachten, ob nicht die letzten Jahre das deutlich und mit Flammenzügen bekräftigt haben. Dieses Gesetz soll eine solche Wendung auch für das übrige Deutschland herbeiführen. Ist es angenommen, so wird den anderen Staaten von Preußen aus die kirchliche Politik diktiert und ihre Kirchenhoheit aufgehoben werden. Das Gesetz ist in optima forma die Einführung der Reichsacht; allerdings war der Gedachte auch der Lebensgefahr ausgelegt und konnte auf seiner Reise bis zur Grenze möglicherweise von Jemand todtgeschlagen werden, der dann Anspruch auf einen Orden der damaligen Zeit hatte; wenn das heute nicht mehr so schlimm ist, so liegt das nur an der größeren Humanität unserer Zeit. In der Hauptsache unterscheidet sich diese neue Reichsacht nicht von der alten; sie kann nur willkürlicher verhängt werden. Es giebt Leute, die etwas Aehnliches erfahren haben, ich wünsche, sie gäben Zeugniß davon, was es bedeutet ausgewiesen zu werden und in der Ferne leben zu müssen, ohne Heimath und ohne Schutz. Wenn es sich um politische Vergehen handelt, die nach ihrem (nach links deutend) Sinne sind, und man würde solche Maßregeln vorschlagen, so würden Sie sich aufbäumen; hier wird es anders behandelt, weil sie vorzugsweise die Katholiken treffen. Herr Ministerialdirektor Förster, früher ein Jurist, heute der Vertheidiger der willkürlichen Maßregeln, hat dies Gesetz ein schneidendes Instrument genannt. Es ist ein schneidendes Instrument, die Bewaffnung des Despotismus in einer Weise, wie sie kaum jemals in der Geschichte vorgekommen, es sei denn zu den Zeiten der Jakobiner in Frankreich. Der Schritt von diesem scharfen Instrument bis zur Guillotine ist nicht weit. (Beifall im Centrum.) Die Leute, welche gegen die katholische Kirche und jede positive Religion auf das Rücksichtsloseste vorgehen, stehen in allen Dingen den Jakobinern absolut nicht nach. Die Methode, wie dieses Gesetz zu Stande gekommen, ist sehr lehrreich. Ich habe bis jetzt geglaubt, daß das Reichsregiment und der Reichstag etwas von dem preussischen Staat Verschiedenes sei, daß das Reich eine höhere Staatsordnung bilde, welche gleichsam die Kräfte der einzelnen Glieder für sich in Anspruch allein nehmen könne. Gleichwohl motivirt man dies Gesetz damit, daß es zur Ausführung der Waagelese notwendig sei. Man hält es nicht einmal der Mühe für werth, dem Reichstag diese Gesetze mit einer Denkschrift über ihre Entstehung mitzutheilen, der Herr Ministerialdirektor Förster sprach auch immer von der Staatsregierung, als ob er im preussischen Abgeordnetenhaus wäre; das ist vielleicht nur äußerlich, aber es manifestirt doch, daß man preussischerseits in den gouvernementalen Kreisen zu dem Glauben gekommen ist, daß der Reichstag nur eine zweite Auflage des preussischen Landtages sei. (Sehr richtig im Centrum.) Die Herren im Bundesrath hätten zuerst Gelegenheit gehabt, weiteres Material zu suchen; aber ich kann sie nicht tadeln, sie müßten ja schnell arbeiten und hätten einen eingehenden Bericht kaum geben können. Eine solche Vorbereitung der Reichsgefes ist unbegreiflich und für unsere Zustände charakteristisch. In einer freien Kommission haben sich die Liberalen im trenen Heergefolge der Reichs-Regierung angeschlossen. Und die Fortschrittspartei ist auch dahin gekommen, daß sie einer Proskription zustimmt! Es giebt aber in Deutschland noch viele Fortschrittsmänner, die nicht Katholiken sind, die mit den hier sitzenden nicht übereinstimmen. Wo ist überhaupt die Kompetenz des Reichstages zu diesem Gesetz? Ein Strafgefes liegt nicht vor, hat der Herr Justizminister Leonhardt, der Ministerialdirektor Förster und der Herr v. Schulte gesagt: es ist ein Gesetz, welches der Regierung gegeben werden soll, um gewisse Ziele zu erreichen; eine ganz neue Spezies von Gesetzen. (Heiterkeit im Centrum.) Es ist kein Gesetz, es ist nichts Anderes als eine Gewaltmaßregel mit dem erbornen Kleide eines Gesetzes. (Beifall im Centrum.) Es wird damit das einzige Grundrecht der Reichsverfassung über Bord geworfen, und es ist bezeichnend genug, daß die Reichsregierungen — eine Reichsregierung giebt es ja nach der „Norddeutschen Allgemeinen“ nicht mehr — so rasch dazu bereit sind. Der Stiel kann sich auch einmal umdrehen und die Ministeriellen außer Dienst und im Exil, was uns und uns sollten bei der Beratung

eines Ausnahmefalles etwas in die Zukunft sehen und nicht so einfach den Paragraphen der Verfassung befehtigen. Dieses Gesetz ist auch eine flagrant Verletzung der Reservatrechte Baierns in Bezug auf die Heimathsverhältnisse. Aber darum kümmert sich Herr von Luz gar nicht, wenn er sich nur in guten Verhältnissen mit Berlin befindet. Der Abgeordnete v. Minnigerode will das Gesetz „zur Zeit“ geben; ich bin neugierig, wann diese Zeit aufhört. Er hat auch Bezug genommen auf die Adresse bairischer Abgeordneten an den König von Bayern, in welcher davor gewarnt wird, die Kirchenhoheitsrechte aufzugeben. Der Vorredner denkt freilich, in Bayern giebt es keine Waagelese; ja, glauben Sie denn, daß der erste Bevollmächtigte Preußens im Bundesrath nach diesem Schritte stehen bleiben wird? Seien Sie versichert, die Herren in den übrigen Staaten werden auch bald die Waagelese bekommen. Die Herren im Bundesrath hätten überlegen sollen, ob es denn nicht möglich ist, den Konflikt in Preußen in einer andern Weise zu erledigen. Das vorliegende Gesetz soll die Waagelese ausführen helfen; es ist aber nicht nachgewiesen, daß die Waagelese ausgeführt werden müssen. Für die Herren aus Preußen lautet ein solcher Nachweis gar nicht nothwendig zu sein. Aber der Reichstag ist keine preussische Institution; es ist also auch nicht seine Sache bei der Ausführung preussischer Gesetze mitzuwirken. Das Unfehlbarkeitsdogma soll nun der Anlaß des Kampfes sein; und doch hat der Reichstanzler erklärt, daß das Unfehlbarkeitsdogma keinen Anlaß zu irgend welchen Maßregeln geben würde, daß man es achten müsse, weil es einer großen Anzahl von Staatsbürgern heilig ist. In Beziehung auf das Verhältniß zwischen Staat und Kirche wird durch dieses Dogma nichts geändert. (Redner geht nun in sehr weillängiger Ausführung auf die Reden der Abgg. Grafen Frankenberg und v. Minnigerode ein und sucht die von denselben vorgebrachten Vorwürfe zu widerlegen; er führt die Konstitution der Zentrumsfaktion darauf zurück, daß man die Kirchenpolitik des „großen“ Königs Friedrich Wilhelm IV. verlassen hat und daß die unglaublichen Elemente die Oberhand zu gewinnen drohen; er stellt die Zentrumsfaktion als konfessionell dar, freilich schwärme sie nicht für Polizeimilitär und Soldaten; auch die aristokratischen Mitglieder seiner Partei huldigten nur dem Grundsatz der altheidischen Aristokratie, den Geldbeutel in der Hand zu halten, wenn die Fürsten Geld verlangten ad statum militiae; die Wahlverwandtschaft der Herren Konfessionellen und des Abg. v. Bennigsen sei offenbar und lasse kaum einen Unterschied erkennen. Der Kampf hat seinen Anlaß in dem zunehmenden Unglauben und dem Materialismus, der gegen alles Kirchliche ankämpft. Die Proklamation des Unfehlbarkeitsdogma hat dem Subjektivismus, der bei den Professoren am stärksten vertreten ist, einen Schlag verleiht, der noch heute nicht verheilt ist. Der 19. März 1867, an welchem alle Anträge, die den Kirchen ihre Stellung in der Verfassung sichern sollten, von den Regierungen und von der Majorität abgewiesen wurden, ist der eigentliche Geburtstag dieses Kampfes, den die Kirche um ihre Existenz kämpfen muß. Die Ablehnung jeder Intervention in der Adresse, die Ihnen jeder Diplomat als einen Unfug bezeichnen wird, war ein Fehler; später hat man überall intervenirt, selbst in Rumänien. Es wäre nun so recht die Aufgabe des Reichstages hier einen modus vivendi zu finden, der ungefähr auf dem Rechtsboden gefunden werden kann, auf welchem Friedrich Wilhelm IV. stand. Wenn dieser Weg nicht gegangen wird, bleibt nur die absolute Trennung des Staats von der Kirche übrig. Jetzt soll die ganze Hierarchie vom Staate abhängig gemacht werden. An die Stelle des Bischofs tritt der Oberpräsident, an die Stelle des Papstes Herr Heinemann mit seinen Räten. Trotz alledem wird das Ziel nicht erreicht werden; es wird nun soweit kommen, daß jeder für seine religiöse Ueberzeugung mit seinem Kopfe und seinem Leben einstehen muß. Unsere Herzen können Sie verletzen; wenn die Geistlichen nicht mehr predigen dürfen, werden es die Laien thun; wenn wir nicht mehr mit den Priestern beten dürfen, werden wir es allein thun; wenn uns die Kirchen verschlossen werden, werden wir in den Wäldern beten, wie die Katholiken unter den Jakobinern in Frankreich, zu „Freie Kriehen“ werden wir aber nicht. Baden wird immer als Beispiel angeführt, daß die Folgen der Gesetze keine schlimmen seien; die Zustände in Baden sind keineswegs so erfreulich und ruhig; die Herren werden es zu meinem Bedauern erleben. Wenn der Abg. Graf Frankenberg glaubt, daß sein großer Gönner der Kirche den Frieden geben wolle, so sage ich, das hängt nur von ihm ab. Wenn der Abg. Graf Frankenberg so viel von den Plänen des Reichstanzlers weiß, sollte er sie doch publiziren, damit auch wir etwas davon erfahren; der Reichstanzler könnte ihm ja vielleicht wieder einen Brief schreiben. Die preussische Regierung bedarf dieser Mittel nicht; weisen Sie dieselbe an, in ihrem Hause Frieden zu halten, so wird sie den Frieden haben, wenn sie ihn will; das wäre ein Wohlthat größer als irgend eine, die Deutschland in dem letzten Jahrhundert zu Theil geworden ist. Ueberlegen Sie nun, wohin wollen Sie die Bischöfe bringen? Nach Rußland, Dänemark, Frankreich oder wohin? Alle Staaten werden sich hüten dieselben aufzunehmen und es könnten die schwierigsten politischen Verwickelungen entstehen, so daß vielleicht ein Krieg entstehen könnte. Oder dauert es Ihnen zu lange, bis der Krieg doch endlich kommt. Das Amendement der Liberalen bedeutet für die Freiheit gar nichts, für die Gerechtigkeit ist es eine Anleitung zur Korruption; man wollte nur die Regungen des liberalen Gewissens befähigen. Die ganze Vorlage ist nur eine Zierath der Juristen, die Gewalt wird dadurch nicht geändert. Lehnen Sie das Gesetz ab, denn den Frieden werden Sie nicht bekommen, oder den Frieden des Kirchhofes. (Beifall im Centrum.)

Bairischer Ministerialrath v. Riedel: Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß in Baiern Bestimmungen über Amtsentsetzung von Geistlichen wie in Preußen nicht bestehen; das Hauptgewicht für die Anwendung des vorliegenden Gesetzes liegt in den Waagelesen. Der Gesetzesentwurf befehrt sich nicht mit der Kirchenhoheit, er charakterisirt sich einerseits als Novelle zu dem Gesetz über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit und andererseits als eine Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes. Die Regelung der auf die Staatsangehörigkeit bezüglichen Bestimmungen liegt unzweifelhaft in der Kompetenz des Reiches und sind dieselben auch in Baiern eingeführt. Wenn nun ein Zusatz zu diesem Gesetz gemacht wird, so kann von einer Verletzung der bairischen Reservatrechte nicht die Rede sein. Was dann die Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes betrifft, so liegt die Frage genau so, wie bei dem Gesetz über den Orden der Gesellschaft Jesu, und ich verweise einfach auf die Sitzung vom 17. Juni 1873 und auf die damals von Niemandem widersprochenen Erklärungen des bairischen Herrn Ministers, mit der Bemerkung, daß von einer Verletzung eines bairischen Reservatrechtes nicht die Rede ist. Zu den übrigen Erörterungen des Vorredners, die sich auf Baiern bezogen, habe ich keine Veranlassung, eine Bemerkung zu machen.

Bundesbevollmächtigter Dr. Krüger (Vertreter für Hamburg und Lübeck): Der Abg. Windthorst hat den verbündeten Regierungen den Vorwurf gemacht, daß sie Maßregeln zugestimmt haben, die nach seiner Ansicht seit der Zeit der Jakobiner nicht mehr vorgekommen sind. Ich habe mir nur das Wort erbeten, um Thatsachen vorzulegen

len, auf die sich die verbündeten Regierungen nicht etwa berufen wollen, die aber den Anschauungen des Abg. Windthorst völlig widersprechen. Aus den Motiven der Vorlage werden sie bereits entnommen haben, wie sehr streng katholische Staaten, Frankreich, Spanien sich gegenüber den Uebrigsten und dem Ungehorsam der Geistlichen verhalten haben. Weniger bekannt dürfte sein, wie der Kirchenstaat, der unter dem höchst persönlichen Regiment des Papstes sich befand, unter den analogen Verhältnissen sich benommen hat. Da kann ich mittheilen, daß in dem Kirchenstaat und zwar bis zu dem Moment der Einverleibung in das Königreich Italien Internirung wie Externirung bestanden haben, und daß beide Maßregeln so recht eigentlich zu den Hausmitteln gehörten, die dazu dienten, sich unbehaglicher Leute zu entledigen. (Hört! hört!) Die Internirung erfolgte oft aus höchst unbedeutenden Ursachen. Es ist vorgekommen, daß ein junger italienischer Dichter 4 Jahre lang in einem Dorfe internirt wurde, weil er Verse geschrieben hatte, die seiner Heiligkeit mißfielen. Die Externirung erfolgte theils aus religiösen Gründen, besonders wenn von Römern und Römerinnen gemischte Ehen eingegangen wurden; denn bekanntlich betrachtet die Kurie solche Ehen als Konkubinat, als einen Aerg, der im Kirchenstaat nicht geduldet werden dürfe. Der Ehemann, der in gemischter Ehe lebte, wurde ausgewiesen, und die Frau wurde einfach in ein Kloster gesteckt. In der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle erfolgte die Ausweisung aus politischen Gründen, und ein bei der päpstlichen Kurie akkreditirter Botschafter hat sich die Mißthe genommen, die Zahl der Personen zu konstatiren, deren Ausweisung seit 1859 im Kirchenstaate vorgekommen ist; um diese Ausweisungen betrafen sich in dieser verhältnißmäßig kurzen Zeit auf 15,000. (Hört! hört!) Ich überlasse es dem Abgeordneten Windthorst, sich wegen des Vorwurfs des Jakobinismus mit der Kurie auseinanderzusetzen. (Heiterkeit.) Außerdem möchte ich dem Redner noch Einiges bemerken in Erwiderung der den deutschen Regierungen gegebenen Rathschläge. Es will mir scheinen, daß derjenige der einer Regierung so nahe gestanden hat, der bis zur Katastrophe an einer Politik theilgenommen hat, die mit Nothwendigkeit zum Untergang führen mußte (Große Unruhe im Centrum. Rufe: Obso! Fin! Der Präsident erklärt den Ruf Fin! für durchaus unzulässig und unparlamentarisch) ein solcher Mann müßte sehr vorsichtig sein mit Vorschriften, wie die deutschen Regierungen im Interesse ihrer Erhaltung ihre Politik einzurichten haben. Nach den Erfolgen, welche Herr Windthorst erlebt hat, wird er es begreiflich finden, wenn die deutschen Regierungen wenig Neigung haben, sein Rezept zu akzeptiren. (Beifall. Zwischen im Centrum.)

Abg. Miquel: Ich habe mich bisher an den kirchlichen Debatten nicht betheiligt, muß aber in diesem entscheidenden Moment wenigstens meine Abstimmmg motiviren, damit auch die unter uns zu Wort kommen, welche, als sie sich mit Trauer von der Unvermeidlichkeit des Kampfes zwischen Staat und Kirche überzeugt hatten, doch nur zögernd und bedächtig, ja bei einzelnen Maßregeln sehr bedenklich mitgingen. Immerfort wird die Frage aufgeworfen: wer ist an dem Streite schuld, war er notwendig, beruht er nicht auf der Willkür und Frivolität eines einzelnen Staatsmannes, hätte dieser für unser neues deutsches Reich so verderblich Streit nicht vermeiden können? Die Einen haben die Schuld auf Rom gewälzt, die Andern auf die Leitung der deutschen Politik, man hat gewissermaßen Personen verantwortlich machen wollen für eine große historische Entwicklung, die weit über den Willen der Einzelnen stand. Deswegen glaube ich auch im Stande zu sein, diese Dinge objektiv und ruhig anzusehen und mit Gerechtigkeit zu beurtheilen. Es ist das aber nicht bloß für mich tröstlich, sondern diese Fragen, die im Volke aufgeworfen werden von Freund und Feind: wo stehen wir, wohin gehen wir, wo soll das enden? — sie können allein von diesem Standpunkt aus aufgeklärt werden. Man wird dann die überhaupt vorhandenen Einigungsmomente auffinden oder, was ich nicht glaube, sich darüber klar werden, daß eine Einigung überhaupt nicht möglich und die katholische Kirche mit dem friedlichen und gesegneten Bestehen des deutschen Reiches unverträglich ist.

Wie war nach 1848 das Verhalten der Regierungen nicht bloß in Deutschland sondern in ganz Europa zu der Kirche und namentlich zur katholischen Kirche? Fast ausnahmslos suchten sie bei den Kirchen Schutz gegen die liberalen Ideen. Vorzugsweise in Preußen wurden der altgermanischen katholischen Kirche alle, auch die übertriebensten Forderungen nachgegeben; man suchte überall einen Hort in der Kurie, um desto stärker den Forderungen der Völker gegenüber sein zu können. Und die Kirchen? Erinnern wir uns der Strömung vor und nach 1848: die Philosophie konkludirte zum Atheismus, die Naturwissenschaften konkludirten zum Materialismus, der Kontrecomp war der übertriebene Autoritätsglaube bei allen denjenigen, die überhaupt noch innerhalb der christlichen Konfessionen bleiben wollten. Die Extreme mußten sich aus sich selber entwickeln. Wir finden diese Entwicklung zum Jesuitismus, wenn ich so sagen soll, zu einer gewaltigen Konzentration in der katholischen Kirche, wie wir in der protestantischen Kirche das Vortreten des Nationalismus finden und die Herrschaft der Orthodoxie. Dieser Gegensatz, dieses wechselseitige Herausfordern der Extreme ist nicht das bewußte Werk Einzelner, sondern stellt ein historisches Fludium dar, dem man nicht entgehen kann. Für die katholische Kirche kam hinzu, daß sie allenthalben Verfolgungen zu erdulden hatte, Verluste ihrer alten Machtstellung, Verluste des weltlichen Machtbesitzes durch die nationale Bewegung in Italien und darum vermeintlich wenigstens aus der Unabhängigkeit ihrer Stellung. Eine Kirche, die so angegriffen ist, welche die Macht gewissermaßen verliert, in den Extremitäten, die muß zur Konzentration kommen, die muß das an Kraft und Stärke wiedergewinnen suchen in der Konzentration der Kräfte, was sie in der Ausdehnung derselben verloren hat. Von da ab beginnt die Entwicklung, deren Folgen wir hier vor uns haben; das Vatikanum hat man immer als den eigentlich entscheidenden Grund der Kämpfe zwischen Staat und Kirche angesehen; meiner Meinung nach ist dasselbe nur ein konsequenter Ausgang einer vorangegangenen großen Entwicklung der katholischen Kirche. Ich kann nicht glauben, daß das Vatikanum etwas völlig Neues ist; es ist der Ausfluß einer bereits in der katholischen Kirche liegenden Entwicklungsbasis. Ich habe daher auch nicht mit dem Abg. Grafen Frankenberg geglaubt, daß es möglich sei, daß ein Konzil, dem die Beschlüsse wegen der Unfehlbarkeit des Papstes vorgelegt waren, dieselben ablehnen könne. Ich sage offen, wenn ich mich auf den Standpunkt der deutschen Bischöfe stelle, ich habe nie einkommen können, daß dieselben durch ihre Schwäche es dem Vatikan möglich gemacht hätten. Die Bewegungen in der katholischen Kirche waren stärker, als der Widerstand der Bischöfe einer einzelnen Provinz; ich glaube nicht daran, daß selbst die größte Energie der deutschen Bischöfe es hätte verhindern können, wenn sie es gewollt hätten, und finde es natürlich, daß sie von ihrem Standpunkt und selbst dem Standpunkt des alten Glaubens der katholischen Kirche, nachdem der Beschluß einmal gefaßt war und sie vor der Alternative standen, entweder anerkennen oder die Einheit der Kirche sprengen, sich unterwarfen. Das Vatikanum in seinen Wirklungen war in Deutschland auch schon früher vorhanden. Ich habe ja in einem gemischten Distrikt gelebt und konnte da sehr gut unterscheiden, zwischen den alten katholischen Geistlichen und denen jüngerer Richtung und Bildung, auch schon vor 1866, nachher und vor dem Vatikanum. Wir unterscheiden zwischen derjenigen modernen Richtung der katholischen Kirche, deren schieflicher forrefter Ausdruck die Unfehlbarkeitslehre ist, und der alten Anschauung, die ähnlich dem protestantischen Nationalismus viel toleranter sich auch im gewöhnlichen Leben verhielt gegen Andersdenkende. Ich glaube meine Herren, jeder von uns hatte schon vor Ausbruch des Kampfes das Gefühl, daß derselbe ausbrechen müßte. Prüfen Sie aufrichtig, warum ist das Zentrum gebildet worden, nur weil das Gefühl des bevorstehenden Kampfes auch in der katholischen Partei war. Der Kampf kam also als innere Nothwendigkeit, er kündigte sich nicht an wie ein willkürlicher Akt eines einzelnen Staatsmannes. Solche Zeiten sind schon oft dagewesen, wo man fragte, wie wird das enden, wird das Vaterland nicht auf's Äußerste gefährdet werden? Und doch ist immer noch ein Ausgangspunkt gefunden ohne Vernichtung des Geistes. Ein alter Bekannter von mir, ein braver kath. Bauer aus dem Oberrhein schickte mir vor einigen Tagen einen Brief, wo der Mann aus seinem einfältigen Herzen heraus, in seiner Gewissens-

angst möchte ich sagen, dieselben Fragen entgegenruft. Ich glaube dem Manne einigermaßen antworten zu können. Die kath. Kirche hat seit Jahrhunderten zwei Seelen in sich, auf der einen Seite die ecclesia una et indivisibilis internationalis catholica; kommen Zeiten, wo dieses Prinzip auf die Spitze getrieben wird: Konflikt mit den Nationalitäten; mit den Staaten, mit den Gesetzen Kampf. Aber was folgte dem Kampf? Ein voller Friedensschluß, eine gegenseitige Anerkennung der Prinzipien, eine Verläugnung der bisherigen Prinzipienfrage? Nein! darin trete ich Herrn Windthorst bei, er hat bisher in der Geschichte nie etwas Anderes gefunden als einen modus vivendi. Die Kirche hat nie anerkannt die Berechtigung des Staates, die Frage zu entscheiden, was interna und externa sind. Nie ist darüber grundsätzlich ein Friede geschlossen worden. Zeitweilig unterwarfen sich die Staaten und die Kirche bestimmte, was zu ihrer Jurisdiktion gehört. Dann sind auch einmal die Staaten oben gekommen und haben rückwärts bestimmt, wer allein darüber entscheide, was externa und interna sind. Dann hat es Zeiten gegeben, wo man einen modus vivendi fand, d. h. es wurde nicht ein Konkordat geschlossen, es wurde nicht die Gesetzgebung verkehrt zu einem Vertrage zwischen Kirche und Staat. Der Staat dekretirte in der Form bei materieller Einigung mit der Kirche, und diese ließ es sich thätig fallen, ohne jedoch ihr Prinzip ausdrücklich aufzugeben. Herr Reichensperger sagte: Unfre Lage ist die Luthers auf dem Reichstage zu Worms: Wir stehen hier, wir können nicht anders, Gott müß uns helfen. Ferner sagte man: Ihr könnt Gottes Wort nicht vergewaltigen, durch weltliche Gesetze die Katholiken nicht zwingen, gegen ihr Gewissen zu handeln. Wäre das richtig, so wäre allerdings nicht einmal ein Waffenstillstand möglich, dann müßte der Krieg permanent sein. Herr Reichensperger hat aber auf die Möglichkeit eines Abkommens hingewiesen und gesagt, dieser Konflikt kann durch ein Konkordat gelöst werden. Noch nie hat Jemand behauptet, daß ein Gesetz, das durch ein Konkordat genehmigt werden kann, gegen den Glauben und das Gewissen der Katholiken ginge. Wenn wir in Preußen Gesetze gemacht haben, die vom Papste legalisirt werden können, dann paßt das Wort von vorher nicht hierher. Aber die Zeit der Konkordate ist überhaupt vorüber; es wird die mehr gelingen, dem Staat die Anerkennung abzurufen, daß die Herrschaft der Gesetze innerhalb Deutschlands von der Zustimmung eines fremden Kirchenfürsten abhängt. Wenn darauf hin der Kampf gerichtet ist, so bin ich überzeugt: die, welche diesen Satz verfechten, müssen unterliegen. Heute ist schon der Kampf fast auf die Spitze gebracht; Sie erklären: Wir halten uns zum Widerstand nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet. Sie negiren direct das Recht des Staates, seine Souveränität auszubenten, selbst seinerseits zu definiren: Was gehört zu den externis und internis der Kirche. Ich bin der Meinung, daß ein Staat, der das Recht aufgibt, selbst, kraft eigenen Rechts zu bestimmen, was Rechtens sei innerhalb seines Gebietes, vernichtet sich selbst. Das ist ein weltliches non possumus der allerhöchsten Art. Das kann und darf ein Staat nicht thun bei Strafe seines Unterganges. Wenn Sie also dies von uns verlangen, so verlangen Sie etwas Unmögliches, so proklamiren Sie einen Kampf auf Tod und Leben zwischen uns und der katholischen Kirche. Dagegen die Kirche kann nachgeben, ohne sich selbst zu vernichten, ohne ihre Grundsätze und die Basis aufzugeben, auf denen sie groß geworden ist. Davon können Sie das Gegentheil beweisen, jedes Blatt der Geschichte würde Sie widerlegen. Sie jest in den preussischen Kirchengesetzen behandelten Fragen sind innerhalb der Staaten auf das Verschiedenartigste gelöst, die Kirche findet sich überall mit dem Mehr oder Weniger ab. Wenn hier der Streit entbrannt ist vorzugsweise um deswillen, und die Bischöfe verurtheilt worden sind, weil sie keine Anzeige gemacht haben von der Anstellung des Pfarrers mit der Formel eingeleitet: Se. Majestät der König von Bayern haben genehmigt, daß der und der Pfarrer angestellt werde; Sie finden Länder, wo die Gemeinde das Wahlrecht des Pfarrers hat mit bischöflicher Bestätigung. Sie finden hier die allergrößte Verschiedenheit. Ich bestreite also, daß wir es in den Maßregeln mit einer Frage zu thun haben, bei welcher die katholische Kirche bei Strafe der Verleugnung ihrer ersten und grundlegenden Prinzipien nachzugeben außer Stande wäre. Der Staat aber kann darin nicht nachgeben, daß seine Gesetze Recht machen und alle Unterthanen verpflichtet sind, denselben zu gehorchen, ohne sich zu Grunde zu richten. Wenn Sie dem Staate die Möglichkeit, Recht zu machen und das Recht zur Ausführung zu bringen nehmen, so leugnen Sie den Staat.

Die Abga. Windthorst und Reichensperger haben gesagt, daß der Widerstand nur gegen einzelne Bestimmungen der Gesetze gerichtet sei. Sie haben aber die Gesetze bekämpft in Rauf und Bogen. Wäre es möglich gewesen — was ich nicht entscheiden will — daß sie bei der Reform der preussischen Verfassung die Punkte nachgewiesen, auf welche im Interesse von Millionen Katholiken Rücksicht zu nehmen sei, dann würden sie Entgegenkommen gefunden haben, denn sie hätten das Prinzip anerkannt, auf dem wir stehen, aber ihre prinzipielle Stellung machte jede Vereinbarung unmöglich. Wir streiten nicht mehr um Einzelfragen, der jetzige Streit herrscht nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern Europa's und selbst Amerika's, Oesterreich u. s. w., das einen gut katholischen Kaiser und gut katholische Bevölkerung hat, sieht sich gedrängt den Weg zu beschreiten, den Preußen eingeschlagen hat; es ist also falsch, daß der protestantische Kaiser und die protestantische Majorität in Deutschland den Kampf herbeigeführt habe. In der Schweiz, in Brasilien, in Italien, überall derselbe Kampf, selbst in der Türkei, wo die Regierung die äußerste Nachgiebigkeit so lange zeigte. Das kommt nicht daher, wie der Abg. Windthorst sagt, der Liberalismus regiert; der Grund liegt in den Tendenzen, welche die katholische Kirche in ihrer jetzigen Regierung verfolgt. Bei ihren Ansprüchen kann sie sich nicht wundern, daß sie bei Erstarkung der Staaten auf Widerstand stößt. Ich hoffe, daß die Energie dieses Widerstandes zu einer veränderten Politik der römischen Kurie führen wird. Ich habe schon gesagt, daß diese Aenderung wahrscheinlich nur eintreten wird, wenn sie eine Nothwendigkeit ist. Es liegt in der katholischen Kirche etwas, das zu diesen Ansprüchen führt und verhindert, daß sie je prinzipiell aufgegeben werden. Die Geschichte lehrt, daß die Energie des Widerstandes Erfolg hat. Die seit 2000 Jahren wechselnden Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland beweisen uns, daß wir es keineswegs zu thun haben mit einem Streit, der unmöglich friedlich zu schlichten wäre. Wir müssen uns nur klar machen, daß die friedliche Lösung niemals erlaßt werden kann und wird nun das Opfer der ersten Grundlagen, auf denen der Staat beruht. Ist von diesem Standpunkt das vorliegende Gesetz eine Nothwendigkeit? Dasselbe ist ein Ausnahmengesetz, das notwendig geworden durch Ausnahmestände. Wir haben in Deutschland gottlob seit langem nicht erlebt, daß eine mächtige Korporation eine Weltkirche mit ungeheuren geistlichen und materiellen Mitteln und ganz absolutistischer Verfassung dem Staate direct den Gehorsam kündigt und den Gehorsam gegen das Gesetz als eine Verletzung des Glaubens erklärt. Der Kollege Windthorst hat gesagt, das Ding könne sich wenden und gegen uns Verwendung finden. Eine solche Lage wie die heutige kann nicht wiederkommen, denn es giebt nur eine katholische Kirche; einzelne Personen können sich dem Gesetze widersetzen; hier haben wir es mit dem organisierten Widerstande einer großen auswärtigen Macht zu thun (Dop! im Centrum), denn es giebt doch keine besondere deutsch-katholische Kirche. Hier ist ein Fall, der nicht widerkehren kann, der augenblicklich alle Völker zu denselben Maßregeln anregungen hat. Bei der prinzipiellen Negirung des Rechts des Staates muß er sagen: „Ihr eppatriirt Euch selbst durch Euer Verhalten.“ Der Abg. Windthorst sagt, es liege eine Verletzung der bairischen Reservatrechte und des einzigen Grundrechts der Verfassung vor; aber das Gesetz des deutschen Staatsbürgerthums enthält den Satz: Wer in fremde Dienste geht ohne Recht und zurückkehren sich weigert, verliert das Staatsbürgerrecht. (Dop! im Centrum.) Möchte hier nicht eine starke Analogie vorliegen? Es fragt sich nur, ob der Staat andere Mittel hat. Der Abg. Reichensperger hat das Recht des Staates, den Gehorsam gegen die Gesetze zu erzwingen, nie bestritten; welches andere Mittel zu diesem Zwecke giebt es denn? Die bisherigen Bestimmungen haben

dazu geführt, daß ein Theil der deutschen Bischöfe eingeleitet ist, den andere Gefahr läuft, nachhinein eingeleitet zu werden. Eine heftigere Härte kann ich nicht darin finden, daß die Einleitung durch Internirung oder Ausweisung ersetzt wird; ich glaube vielmehr, daß diese Maßregel eher zur Einigung führt, als die Verhastung sämtlicher Bischöfe. Ich will in dieses Gesetz sehr ungen und habe gegen das Jesuitengesetz gestimmt, weil es mir unrichtig schien, die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche mit Polizeimaßregeln zu begnügen. Das Jesuitengesetz kam, glaube ich, 30 Jahre zu spät; so lange hatte der Orden aufgehört ein einzelner Orden zu sein, so lange wurde die gesammte Politik nach seinen Grundsätzen geleitet, was half da die Ausweisung einzelner Personen? Heute liegt es anders, heute haben wir es zu thun mit der katholischen Kirche und mit der Pflicht, ihr gegenüber die Gesetze in Deutschland aufrecht zu erhalten. Man hat gesagt, gerade das Jesuitengesetz hätte den Staat erbittert; mag sein; wir haben keine retrospektive Politik zu machen; wir können nicht mehr untersuchen, ob jedes Gesetz, jede Bestimmung jener Gesetze notwendig ist; sie müssen ausgeführt werden, weil sie bestehen. Der größte Staat in Deutschland, Preußen, verlangt, daß ihm seine Kompetenz beschränkt sei und er das ihm genommene Recht der Ausweisung zur Aufrechterhaltung der Ordnung brauche, vom Reichstags Hilfe; die ganze deutsche Nation ist dabei interessiert, daß Gesetz und Recht in Deutschland in Geltung bleiben. Da haben wir kein Urtheil mehr zu fällen über die Maßregeln, sondern nur zu helfen. Der Abgeordnete Windthorst hat gesagt, dieses Gesetz verletze die Hoheitsrechte der Einzelstaaten in Kirchenachen. Was that denn der Antrag des Bischofs v. Ketteler 1870, den Artikel 15 der preussischen Verfassung in die Verfassung des deutschen Reichs aufzunehmen? Hatten die Herren damals Bedenken, die Hoheitsrechte der Einzelstaaten zu beschränken? Ich bestreite allerdings, daß hier ein Eingriff in die Hoheitsrechte vorliegt, wir geben nur ein Gesetz, welches die Ausführung der die Urtheilssprüche der Gerichte sichern soll. Aber ich glaube auch, daß wir noch die Zeit erleben werden, wo wir die Differenzen der katholischen Kirche mit den Regierungen der Einzelstaaten schlichten werden auf dem Boden der Reichsverfassung. Die Frage, wie das Verhalten des Staates zu den großen Kirchen, insbesondere zur auswärtigen katholischen Weltkirche, ist nicht die Frage eines kleinen oder großen Partikularstaates, sie ist eine nationale und muß von der Nation auf der Basis der Intelligenz und Ehre entschieden werden. Wenn jetzt Geistliche oder Bischöfe das deutsche Reich verlassen müssen, so hoffe ich, daß sie zurückkehren werden, wenn der Streit geschlichtet ist auf dem Boden der definitiven Feststellung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Reichsverfassung. Der Abg. Windthorst schreibt die Schuld, daß es kein Grundrecht für die Kirche in der Reichsverfassung gibt, den Regierungen und den liberalen Parteien zu. In Preußen hatten wir im Art. 15 ein Grundrecht, aber mit demselben ist nichts genommen gewesen. Ich will auch für das Reich keine solche nichtssagende Regelung, sondern organische Gesetze, wenn die Kirchen die Geltung der bestehenden neuen Gesetze nicht mehr befreiten werden, dann ist nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht gegeben, die Wünsche einer großen Zahl von deutschen Brüdern gebührend zu berücksichtigen. Wenn ich das Recht des Staates, zu entscheiden, was zu den externis und internis gehört, behaupten muß, so verlange ich damit nicht den willkürlichen Gebrauch dieses Rechts seitens des Staates, der Staat ist sogar im eigenen Interesse berufen, jene Rücksicht zu nehmen. Machen wir uns darüber keine Illusionen, daß die vorhandene Verbitterung in Folge dieses Gesetzes wachsen, daß viele Katholiken darin eine Vergewaltigung, einen Angriff gegen die Lebensbedingungen der katholischen Kirche sehen werden. (Sehr wahr! im Centrum.) Es greift in das Wesen der kath. Kirche, wenn ihren notwendigsten Organen Entfernung gedroht wird. Es kann auch thatsächlich ein Mangel an Geistlichen eintreten. Die Befürchtungen meines Korrespondenten, des Bauers aus dem Oberrhein, daß die Gefunden meilenweit gehen müssen, um die Sakramente zu empfangen, und die Kranken nicht wissen werden, wie sie in ihrer letzten Stunde die Tröstungen der Religion erhalten sollen, können wohl begründet werden (Hört! hört! im Centrum), wir wissen dies vollständig, aber doch können wir nicht anders. Wir stehen vor der Frage, ob der Staat seine Gesetze aufgeben soll; den Bischöfen die Nichtbefolgung seiner Gesetze verzeihen soll. Der Staat kann nicht anders, er muß diese Gesetze geben. Er steht vor einem non possumus, hinter dessen Nichtbefolgung der Untergang steht. Aber sollen andererseits diese großen Nachteile, welche die Bevölkerung, der Frieden und die Entwicklung der katholischen Kirche in Deutschland durch den jetzigen Streit erleidet, nicht ein starker Mahnruf zur endlichen Nachgiebigkeit sein? (Centrum: Nein, nein!) sollte man nicht auch in Rom dies verstehen? (Widerpruch im Centrum.) Ihr Herr scheint mir doch sehr subjektiv zu sein. Der Staat verliert allerdings — dessen sind wir uns wohl bewußt — durch diesen Kampf viel, für den Staat und das deutsche Reich ist der Kampf mit der katholischen Kirche, wie so viele Kämpfe ein Unglück, aber auch für die katholische Kirche in Deutschland. Wir sagten einmal ein guter Katholik und genauer Kenner der Geschichte der katholischen Kirche: Die katholische Kirche ist eine Weltkirche; ihre Politik wird nicht diktiert durch die Zustände in einer einzelnen Provinz, genannt Deutschland. Was die katholische Kirche in ihren Ansprüchen und Aspirationen in Deutschland verliert, in Frankreich gewinnt sie es dreifach! Ich antwortete darauf: Dasselbe sagen uns schon die Blätter der Geschichte der Reformation und Ulrich von Hutten, wenn er spricht von Roms Verachtung für den deutschen Barbaren. Aber was früher war, ist heute nicht mehr. Ein zerrissenes, von einem auswärtigen spanischen Kaiser verzerrtes Deutschland existirt nicht mehr. Wir sind jetzt eine einige, starke Nation. Wenn die katholische Kirche bedeutend an Kraft gewonnen hat, so hat auch der Staat und noch mehr an Kraft gewonnen. Hierher möchte man mit Recht vom Standpunkte der römischen Zentralregierung auf Deutschland als auf eine frühere kleine und barbarische Provinz, die erst durch den Sendling Bonifacius zum römischen Christenthum geführt sei, gesehen haben. Heute stehen die Dinge anders, und wenn man es in Rom noch nicht gewußt hätte, die Folgen und der Verlauf des Kampfes hier in Deutschland, die Einigkeit fast Aller, auch derjenigen, die den Kampf für ein Unglück halten, mit der Regierung, die Isolirung der katholischen Partei von allen andern Parteien, diese Dinge müßten doch ein sehr starker Beweis für meine Behauptung sein. Ich glaube, alle Theile, vor Allem die ecclesia militans hat Ursache zur Nachgiebigkeit. Wir kämpfen diesen Kampf nicht als eine protestantische Mehrheit gegen eine katholische Minorität. Wir kämpfen den Kampf nicht vom Standpunkte der Reformation. Wir brauchen nicht die Mittel des weltlichen Friedens, wo es hieß: cuius regio eius religio. Das Prinzip der Territorialität existirt nicht mehr. Wir kämpfen den Kampf vom Standpunkte Ulrichs von Hutten, der jedem Deutschen schon damals volle Freiheit des Gewissens und der Religion gestatten wollte und dessen einziges Ziel die nationale Befreiung Deutschlands von der politischen Herrschaft Roms und von den äußeren Banden der Hierarchie war. Wir werden daher nur durch die Nothwendigkeit des Kampfes gedrängt, Maßregeln zu ergreifen, die wenigstens in ihren Folgen auch die Ausübung der Religion beengen; doch Sie werden uns jeder Zeit bereit finden, mit Ihnen auf der Basis Frieden zu schließen, daß Sie in der Ausübung der Religion unbedingte frei und sicher sind. Es giebt kaum eine Nation, die Kirchenherrschaft und Priesterregiment weniger zu ertragen im Stande wäre, als die deutsche; sie sind aber Deutsche es also gut wie wir, und Sie werden mir Recht geben, es giebt keine Nation, die bei wahrer Frömmigkeit und wirklichem Interesse für religiöse Dinge doch so tolerant wäre und so milde gegen anders Denkende, und doch hat die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte voll und bewiesen, und in dieser Beziehung können Sie vollkommen sicher sein, wenn sich darum der Kampf nur dreht, so können wir lieber heute wie morgen Frieden schließen. Trennen wir uns also heute, meine Herren, von einander in der festen und aufrichtigen Hoffnung, daß doch in nicht gar zu langer Zeit in Deutschland wie in politischen Dingen bei dem Streit der Staaten gegen Staaten und der Stämme gegen Stämme auch innerhalb der Konfessionen auf dem religiösen, geistlichen und weltlichen Gebiete voller Friede wieder heimkehrt. (Bravo.)

Abg. Jörg: Auf die Anfrage des Abg. Windthorst, welche Stellung die bairische Regierung zu der Vorlage im Bundesrathe

nommen habe, ist eine Antwort nicht erfolgt, aber aus Zeitungs-
richten haben wir entnehmen können, daß in der That der bairische
Bevollmächtigte den Entwurf lebhaft bekämpft hat. In Bayern ist
dieses Gesetz gar nicht notwendig und auch in Preußen hätte man
wohl einen anderen Weg einschlagen können. Wenn der Liberalismus
auf diesem Wege weitergeht, so wird, wie es in einem Notisfret in
der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ neulich hieß, dem Volke alle
Religion aus dem Herzen gerissen und das Christenthum in Deutsch-
land mit der Wurzel vertilgt werden. Als man uns Süddeutsche zum
Eintritt in den norddeutschen Bund aufforderte, hat man uns nicht
gesagt, daß solche Gesetze uns erwarteten. Da fällt mir die Aeuße-
rung des Abg. Vasker vom 26. November 1873 ein, man habe uns
Süddeutsche nur erst drin haben wollen, um dann auf uns loszu-
schlagen. Man hat uns in Bayern das Gegentheil von dem ver-
schlagen, was heute geschieht, und versichert, daß die kirchlichen Ange-
legenheiten mit dem Reiche gar nichts zu thun hätten, daß wir in der
nationalen Frage nur nachgeben möchten, dann würde Friede und
Einigkeit sein. Alle diese Zusicherungen hat man uns nicht gehalten.
Fürst Bismarck hat von der Nothwendigkeit der Bildung eines nationalen
Klerus gesprochen; meine Herren, auf diesem Wege bekommen Sie
einen nationalen Klerus nicht; lassen Sie daher diese verderbliche Po-
litik fallen.

Abg. Dr. Haenel: Bei der Grundverschiedenheit der Auffassun-
gen ist eine Verständigung in dieser Frage ganz unmöglich. Die heu-
tige Debatte hat auch den Eindruck auf mich gemacht, als wenn zwei
Gegner heftig auf einander losgeschlagen, ohne sich doch irgend etwas zu
thun. Es handelte sich nur um die Verichtigung von Thatfachen und
auch ich muß eine Verichtigung machen. Der Abg. Windthorst sagte,
daß es ihn mit Trauer erfüllen würde, daß auch die Fortschrittspartei
die Regierung in der Kirchenpolitik unterstütze und bald nachher, daß
der vorliegende Gesetzesentwurf eine Folge des Kompromisses in der
Militärfrage sei. Diese Gedankenbildung paßt auf die Fortschrittspartei
nicht. Dieselbe hat sich an dem Kompromiß nicht betheiligt und
deutlich gezeigt, daß sie völlig unabhängig dastehet sowohl nach Oben,
als nach Unten. Die Fortschrittspartei hat die Regierung in dem
dem Kampfe gegen die Uebergriffe der Hierarchie immer unterstützt.
Meinungsverschiedenheiten betreffen lediglich die Frage, ob die gewähl-
ten Mittel zulässig, ausreichend und wirksam seien. Dies führt mich
dazu, die heutige Diskussion endlich zur Spezialdiskussion zu machen
und Ihnen unser Amendement zu empfehlen. Dasselbe verdient den
Vorzug vor demjenigen des Abg. Meyer (Thorn), nach welchem die
Expatrirung alternativ mit der Internirung eintreten soll. Die Re-
gierungsvorlage betrachtet die Expatrirung als eine Gradation und
läßt sie nur eintreten, wenn die Internirung bereits vollzogen ist.
Diese Absicht der Regierungsvorlage will unser Amendement zu
einem deutlichen Ausdruck bringen, da wir sie für eine vollkommen
richtige halten. Die Expatrirung ist allerdings eine schwere Maßre-
gel und einige Mitglieder der Fortschrittspartei waren allerdings der
Meinung, es wäre besser, auch hier das allgemeine Strafgesetz anzu-
wenden, als auf die Discretion der Polizeibehörde zu reflektiren. Wir
kommen aber zu der Ueberzeugung, daß die Anwendung des Strafgese-
zes zu großen Härten führen würde und entschieden uns schließlich
für die Expatrirung. Dieselbe ist auch gerechter als Gefängnisstrafen,
denn es ist schwer bei den Bischöfen den Grad des subjektiven Ver-
schuldens richtig zu bemessen, da sie glauben, in ihrem Gewissen be-
ruht zu werden, wenn sie den staatlichen Anordnungen in kirchlichen
Angelegenheiten Gehorsam leisten. Die Strafe muß deshalb so ein-
gerichtet werden, daß sie den ganzen Organismus trifft, zu dessen Glie-
dern die Bischöfe gehören und nicht die einzelnen Glieder desselben.
Sowohl die Regierungsvorlage, als auch das Amendement Meyer
(Thorn) präzisiren ferner die Umstände nicht genau, an welche die
Expatrirung und Internirung geknüpft werden soll und auch in die-
ser Beziehung enthält unser Amendement eine Verbesserung, indem
es den Thatbestand klar und einfach hinstellt, so wie es im § 132
des Str.-G.-B. geschehen ist. Wir bitten Sie, unsere Anträge anzu-
nehmen.

Badischer Minister v. Freidorff: Nicht die preussische Rege-
rung hat Baden als Versuchstation in dem kirchenpolitischen Kampfe
benutzt, sondern die römische Kurie. Die römische Kurie hatte ge-
funden, daß das Verhältniß der katholischen zur protestantischen Bevölke-
rung in Baden (wie 2:1) ihr günstig sei, sie wollte die Katholiken
glauben machen, daß die badische Regierung, an deren Spitze ein Pro-
fessant stand, eine feierliche sei. Wir haben diesen Versuch der römi-
schen Kurie ausgehalten und ihre ganze Agitation hat nur die Folge
gehabt, daß wir uns eine bessere Gesetzgebung geschaffen haben. (Neben-
erzählt die seit jener Zeit in Baden vorgegangenen, auf kirchliche und
Schulfragen bezüglichen Gesetze auf und fährt fort:) Alle diese Gesetze
sind in ruhiger und ausnahmsloser Uebung. Um aber dem Herrn
Abgeordneten Windthorst zu beweisen, daß wir nicht eine Versuch-
station für Preußen gewesen sind, will ich ihm argumentum ad homi-
nem vorbringen. Zu der Zeit, als der kirchliche Kampf begann, war
ein verehrtes Mitglied der Centrumsfraction preussischer Gesandter
in Baden. Der Herr Abg. Windthorst wird mir wohl zu-
geben, daß, wenn Preußen uns als Versuchstation hätte benutzen
wollen, es einen anderen Gesandten nach Baden geschickt haben würde.
Ich versichere Sie übrigens, daß wir uns in Baden verhältnißmäßig
ruhiger Zustände erfreuen, und wenn wir zur Wahrung unserer
Souveränität eines Receptes bedürften, so würden wir uns nicht an
den Papst wenden, an dessen Recept diejenigen, welche es gebrauchten,
zu Grunde gegangen sind. Es scheint die Absicht des Herrn Abg.
Windthorst zu sein, Drachenzähne unter die Mitglieder des Bundes-
raths zu werfen, und er wundert sich vielleicht, daß die Saat nicht in
der Gestalt kämpfender Männer aufgeht. (Heiterkeit.) W. H., wenn
etwas in Baden die Reichstreue geführt hat, so war es der Umstand,
daß Preußen kräftig vorangegangen ist in dem Kampfe gegen die
Uebergriffe der Hierarchie. (Beifall.)

Abg. Hinckius: Das Centrum möge in dem Gesetz, das von
ihm so lebhaft bekämpft wird, nur die Frucht seiner eigenen Thätig-
keit und jener Agitation sehen, die Niemand richtiger geschilbert hat
als Herr A. Reichensperger, der die Leitharkeit großer unwissender
Männer durch Schwärze, die einige Autoritäten hinwerfen, am besten
kennt. Daß die Methode der Bearbeitung mit Bewußtsein betrieben
wird, beweist ein Schriftstück, das in die Hand des Redners gelangt
ist, von einem Geistlichen, an den Konvikl gerichtet, dem er auf der
Unbefähigkeit angehört hat, und das in einem gewissen nicht näher be-
zeichneten Blatt abgedruckt ist. Nach einigen einleitenden Worten
heißt es: „Es giebt der Arbeiter viele; außer den gewöhn-
lichen Beschäftigungen als Seeliger gezwungen der Ernst der
Zeit, d. h. die Maigesetze, um den Sieg der gut n. Sache
herbeizuführen (die Regierungen sollen sich unterwerfen). Da
ist A. B. der Gesellenverein, dessen Vorsitzender ich bin; darum muß ich
mit der jungen Leute annehmen, und da es leider Gottes in der
Reichweite wenig Leute giebt, tüchtig in der Rede andere anzuweisen
(d. h. die nötigen Schwärze in die Masse zu schleudern), muß ich
selbst reden. Aber es ist nicht genug für den Ort der Anstellung thätig
zu sein, man muß auch beschützt sein, weiterhin seine Thätigkeit zu ent-
falten. Die Jesuiten sind bereits über die Grenze, über andern Orden
hängt das Damoklesschwert, aber die meisten Geistlichen sitzen hinter dem
Fleisch und haben bonum pacem et hibunt bonum vinum et laudant
deum trinum (also ein Zeichen, daß die Maigesetze ihr Gewissen nicht
allzu sehr tangiren), und das Volk ist ganz unbekannt mit dem
kirchlichen Ernst der Zeit und seiner Pflicht, die Existenz der
Kirche in Deutschland zu retten. (Sehr wahr! im Centrum.) Da
bringt die Zeitung einen Bericht über eine katholischen Versammlung
am Rhein; sofort entwerfe ich einen Plan, um über unsere Disjese
ein ganzes Netz solcher Versammlungen zu verbreiten. Ich dede
mich hinter zwei Laien, einem angehenden Kaufmann und einem
Grafen (Das hat der betreffende Herr jedenfalls nicht von den
Aposteln gelernt), suche diese für die Sache zu begeistern und nun
gehts lustig los, eine Versammlung folgt der anderen Schlag auf Schlag,
zum Tannen der Guten, zum Entzügen der Liberalen. (Heiterkeit.)
Freilich kostet das viel Zeit und Schreiberei, doch ist auch der Er-
folg bedeutend. Nur eins ist mir unangenehm, daß wir so wenige
Volksredner haben und ich selbst unmittelbar, wenn Noth am
Mann ist, eingreifen muß; im Hintergrunde stehen wäre besser. (Hört!

Hört! Heiterkeit.) Zu dieser Thätigkeit kommt noch die Artikelschreiberei für
die katholische Presse; das ist ein notwendiges Uebel, um der Schlechtigkeit
das Wasser abzugraben.“ (Heiterk. Ruf im Cent.: War das alles?) Das ist
das Prototyp derjenigen Geistlichen und Kapläne, die die Volksversamm-
lungen leiten und das Kontingent für die geisterten Geistlichen
bilden. Die Früchte des Sieges der preussischen Regierung werden den
anderen Staaten ebenso in den Schoß fallen, wie der Sieg der
Deutschen bei Sedan den Italienern die Thore Roms geöff-
net hat. Der englische Kardinal Wisemann hat schon gesagt,
die entscheidende Schlacht zwischen Protestantismus und Katholizis-
mus, d. h. zwischen dem modernen Staat und dem Ultramon-
tanismus wird auf dem märkischen Sande geschlagen werden. Das
Kaiserthum ist nur dann unterlegen, wenn die deutschen Fürsten
und das deutsche Volk den Kaiser verlassen haben. Ein Papst
hat gesagt: Zwietracht in Deutschland unter Fürsten und Volk
bedeutet Heil für den römischen Papst. Wir stehen in der Ent-
scheidungschlacht; Kaiser und Fürsten stehen zusammen, sie fragen:
Wollt Ihr Heerfolge leisten? (Nein! im Centrum.) Die Verwer-
fung des § 1 heißt Heil für Rom. Die Annahme Heil für unser
deutsches Vaterland. Die Vertreter der deutschen Nation werden nicht
zweifelhaft sein, auf wessen Seite sie sich stellen müssen. (Lebhafter
Beifall. Zwischen im Centrum.)

Die Debatte wird geschlossen. Persönlich bemerkt u. A. Abg.
Windthorst, daß er zur Zeit, als die Katastrophe über Hannover
kam, seit 9 Monaten außerhalb der Regierung gestanden habe. Näheres
mögen die Herren vom Bundesrathe bei ihrem Kollegen Dr. Leunhardt
anfragen. Er wolle damit die damalige Politik Hannovers keines-
wegs tadeln, denn gegen vorbedachten Mord gebe es keinen Schutz.
Abg. Vasker lehnt die Annahme, die Abg. Jörg aus einer seiner
Reden gemacht hat, mit allem Nachdruck und Verlesung des stenogra-
phischen Textes ab. Die Differenz zwischen Zitat und Text sei so groß,
daß sie mit dem guten Willen richtig zu führen kaum vereinbar sei.
Abg. V. Schulte erklärt von einem Vater, dem Papst, nichts wissen
zu wollen, der seine Mutter, die Kirche, ruiniert hat.

Bei der Abstimmung werden die Amendements Haenel gegen die
Stimmen der Fortschrittspartei und eines großen Theils des Centrum
abgelehnt, dagegen die des Abg. Meyer und Genossen mit großer
Mehrheit genehmigt (auch die gesamte Fortschrittspartei stimmt dafür)
und mit denselben § 1.

Um 5 Uhr verläßt das Haus die weitere Debatte bis Freitag
10 Uhr. (Vorlage, betreffend das Gebäude für das Reichs-Eisenbahn-
amt, Fortsetzung der heutigen Verathung, Preßgesetz.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Bosen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 24. April. Die gesamte Presse verlangt den Ausschluß
Piccons, des Deputirten der Seelphen, aus der Nationalversammlung,
wegen seiner gehaltenen Bankrede (vgl. Depeschen unseres
gestrigen Abendblattes unter Paris). Einige Journale fordern sogar
die gerichtliche Verfolgung desselben. — Der „Moniteur“ erwähnt das
Gerücht von der bevorstehenden Ankunft Chambord's in Versailles.

Versailles, 23. April. [Permanenzkommission.] Lucet
brachte eine Interpellation wegen der Vorgänge in der Generalraths-
sitzung in Marseille ein und beanspruchte für den Generalrathspräsi-
denten das Recht, Ruhe und Ordnung in der Sitzungssaale mit allen
Mitteln aufrecht erhalten zu können. Broglie antwortete, in jeder
Generalraths-sitzung in Marseille seien dergleichen Anstößigkeiten vor-
gekommen, mit Rerath als Präsekte unter Thiers habe der General-
rath ebenfalls Konflikte gehabt. Das Verhalten des Generalraths-
präsidenten Labadie sei von damaligen Ministern auch getadelt worden
und die Regierung untersuche gegenwärtig noch die Angelegenheit und
werde ihre Entschließung seiner Zeit bekannt machen. Eine Anfrage
Mahys, betreffs der Schiffbrüche der transatlantischen Dampfer, be-
antwortete der Marineminister mit der Erklärung, es befänden keine
besonderen Reglements sondern es beruhe Alles auf der Verantwort-
lichkeit der Schiffskapitaine.

Rom, 23. April. Die Deputirtenkammer beendete die General-
debatte über die Finanzvorlage, lehnte, nachdem Mantellini als Be-
richterstatter der Kommission für die Kommissionsanträge gesprochen,
alle Anträge der Tagesordnung ab. Die Uebereinkunft der Regierung
mit der Südbahngesellschaft ist gestern abgeschlossen worden. Die Car-
dinale Falcinelli und Tarnoczy sind hier eingetroffen.

Eingekommene Fremde vom 24. April.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME Die Kaufl. Halberstadt a.
Offenbach, Wirtz a. Oldenburg, Kornick a. Bielefeld, Barmwald a.
Berlin, Armer a. Amerika, Müller a. Greis, Damm a. Berlin,
Vietich a. Leipzig, Brieger a. Kaufal, Bellin a. Rathbor, Wisniemski
a. Stargard, Correll a. Berlin, Hoppenberg a. Leipzig, Hecht a.
Frankfurt a. M., Löwenberg a. Hamburg u. Simon a. Grlitz,
Schauspieler Hackmann a. Hamburg, Administrator v. Oden a.
Roznowo, Rittergutsherr Braunschweig a. Weiß b. Damm, Arzt
Dr. Diehl a. Franzensbad.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsb. Mathes
a. Jankowice, Witt u. Frau a. Bogdanowo u. Schön a. Tarnowo,
Landrath Graf Posadowski a. Wronow, Ober-Regierungsrath von
a. Stettin, Dr. Lieut. Goldamer a. Jnowracan, Baurath Sobrecht
a. Berlin, die Kaufl. Mirdner u. Kloss a. Breslau, Arzt a. War-
schau, Grlitz, Lemz, Warischauer, Kramer u. Herbert a. Berlin.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S.
Die Kaufl. Wiederschal u. Othyt aus Warschau, Sohn a. Breslau,
Brzanek aus Krapphyn, Sekretär Schmidt a. Schmiebus, Frau
Gryabonska a. Krakau, Frau. Jalskowska a. Warschau, Randwirth
Nowakowski a. Polen, die Handelsleute Hirsckorn, Gebr. Leciejewicz
u. Janotte a. Neutomischel.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 149. k. preuß. Klassen-Lotterie

(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in
Parentese beigefügt.)

Berlin, 23. April. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind
folgende Nummern gezogen worden:

55 145 60 243 78 411 (100) 93 524 (1000) 43 (100) 79 601
65 93 716 33 45 835 (100) 50 61 (100) 69 (100) 91 970 (1000)
86 94. 1130 (100) 58 222 87 313 23 39 420 24 59 67 524 44 88
623 26 81 703 33 42 50 53 838 83 917 33 38 93. 2014 69 89 136 203
24 60 (100) 604 45 (1000) 80 96 724 35 839 54 62 966. 3124 29
36 56 58 67 99 216 38 51 306 20 21 90 509 63 616 29 68 80 788 847
57 61 (1000) 902 18 32. 4074 143 55 80 347 88 457 528 33 62
(200) 609 61 69 82 740 55 98 858 (1000). 5146 57 (100) 58 66 99
227 57 301 27 403 572 (100) 74 82 602 42 43 90 734 (100) 58 97
808 14 19 40 58 (100) 92 906 60 89 (200). 6012 21 146 (500)
218 55 60 67 (100) 311 29 58 93 (2000) 44 72 80 505 7 66 601
(200) 46 51 769 76 93 (1000) 98 822 (100) 25 76 80 88 98 943
53 60 78 (1000) 86 (100) 99. 7056 68 134 37 91 99 257 (100)
70 85 332 55 558 78 720 38 807 37 52 70 942 71 53 (100). 8029
216 29 42 (100) 304 23 24 37 48 53 (200) 85 (1000) 419 58 93
506 635 75 785 802 9 (100) 49 51 914 28. 9056 75 103 234 91 399
(100) 420 34 44 590 700 (500) 34 864 (200) 69 (500) 81 930
40 (1000).

10038 45 167 217 (200) 313 95 467 78 99 523 43 57 58 65 (100)
71 665 66 94 95 757 72 80 90 835 944. 11036 52 78 100 23 (100)
31 41 81 228 70 406 61 512 59 (100) 644 83 99 703 89 838 73 99
976. 12019 76 (1000) 81 123 (200) 56 245 49 76 323 69 81 406 43
555 86 658 (100) 714 (200) 43 829 39 59 97 927 78 84. 13040
(500) 45 46 116 38 41 99 253 63 443 603 808 73 905 16 54 57
60 73 75. 14001 202 (200) 63 74 (500) 331 49 62 462 664 727
903 (100) 4 67 79. 15009 58 129 332 37 39 49 88 407 41 510 31
89 615 69 93 743 851 912 15. 16013 21 212 (100) 13 60 306 74
(200) 586 604 69 814 967. 17011 13 136 49 78 (100) 209 (100)
23 62 306 62 69 81 421 48 (1000) 61 (100) 605 42 54 (500) 56 66
(200) 85 790 838 43 939. 18171 239 315 55 86 506 82 95 (500)
653 712 30 59 78 812 57 67 77 908 (100) 32 48. 19008 (100) 64 84
255 67 72 318 66 446 503 (500) 10 51 57 (200) 59 95 626 56 58
(100) 59 708 (200) 822.

20045 58 66 76 240 312 56 84 92 490 556 (1000) 667 (100)
89 743 806 40 957 (100). 21082 (500) 118 (1000) 26 82 83 220
56 69 (5000) 344 401 522 92 614 76 705 8 32 810 12 52 969
85. 22146 213 32 71 93 (200) 307 24 55 59 92 463 (200) 64 88
526 (1000) 54 660 80 710 24 817 924 (500) 38 48 96. 23023 41
82 104 258 64 (200) 70 91 412 29 48 505 11 86 95 611 751 68
804 (500) 29 972 88. 24027 133 54 70 (1000) 81 240 91 (200) 409
31 57 582 691 702 11 64 67 79 802 29 42 924. 25004 (100) 68
116 27 234 622 32 717 87 (100) 93 830 36 88 916 57. 26016 21
(200) 71 117 28 233 40 (500) 76 303 38 39 (1000) 56 77 418
(1000) 45 542 98 603 (500) 44 60 81 793 822 55 922 (500) 48.
27006 50 (100) 74 78 160 (500) 68 77 225 301 10 22 (1000) 69 424
44 (100) 96 560 622 85 95 701 45 93 826 27 939 45 (200) 55.
28016 76 125 34 94 (500) 97 213 77 (100) 390 (100) 468 582
(1000) 604 729 52 874 78 984 (100). 29019 (1000) 43 (100) 96
108 94 253 54 456 562 96 612 25 63 724 29 72 (100) 820 39
41 973.

30047 129 54 217 31 (100) 43 304 (100) 77 89 90 448 59 81
531 32 600 26 793 (100) 816 46 94 (500). 31060 75 94 113 82
(500) 224 (1000) 31 (100) 59 91 94 97 401 52 516 625 29 55 733
801 917 49 85. 32063 92 111 (1000) 22 (100) 32 55 275 (500) 97
308 37 73 96 524 90 602 48 82 85 765 (500) 89 828 38 46 914.
33009 58 61 (100) 77 95 96 191 264 83 95 328 409 (200) 501 9
(100) 14 23 46 600 43 52 (100) 77 721 839 78 924 32. 34014 35
80 99 (1000) 116 39 41 46 64 98 270 313 (100) 32 (100) 76 80 418
19 607 71 719 22 25 31 48 57 822 (100) 47 (100) 65 72 934 44 51
(200). 35008 53 55 95 (200) 175 219 63 71 319 98 470 82 513
97 758 829 902. 36006 9 24 109 35 79 333 61 87 89 457 59
520 27 (100) 619 705 819 22 29 53 (500) 63 89 908 33 69. 37035
44 108 28 58 231 (1000) 339 (200) 73 411 50 55 59 81 90 504 12
(1000) 70 661 (500) 76 (100) 802 25 60 999. 38023 41 (100) 44
(500) 350 (100) 62 407 46 55 530 35 44 (200) 59 63 613 88 94
(100) 99 713 41 70 74 (100) 877 95 952 71. 39011 24 48 102 17
28 77 208 18 (500) 59 418 57 66 600 6 57 66 710 65 864 71 909
(500) 34 40.

40047 269 93 335 98 439 49 93 512 22 30 54 768 72 93
800 15 30 60 98 941. 41018 85 90 (100) 100 27 (1000) 38 239
(1000) 60 (100) 375 406 54 33 59 (500) 525 652 63 68 (100) 91
746 55 96 873. 42000 19 103 (100) 202 17 44 91 351 56 59
446 79 504 46 67 70 633 41 717 838 56 93 968. 43119 224
312 33 62 99 432 (100) 44 589 92 609 778 (100) 856 (100) 79
85 970. 44152 81 (1000) 250 341 60 79 445 56 62 652 68 (1000)
705 51 94 99 827 47 (500) 56 60 944 75. 45029 112 (200) 33 (5000) 71
220 408 517 (1000) 47 616 68 (100) 95 766 (200) 87 822 961 87.
46026 44 (200) 87 137 71 81 241 48 94 411 53 (1000) 76 555 73
83 682 (200) 701 58 66 69 (200) 825 95 907 10 (100) 40 58 (100)
66. 47000 5 31 104 86 326 (100) 76 (100) 81 404 9 49 58 88 543
93 733 817 (500) 38 44. 48014 82 103 (1000) 283 332 96 422
40 51 91 552 91 603 65 81 735 58 863 943 57 60 (100). 49016
46 (200) 72 (500) 136 (500) 51 56 239 45 314 59 (200) 86 95 404
27 92 543 48 93 (1000) 91 605 22 34 (100) 67 76 788 910 26
53 89 (200).

50093 100 9 53 266 70 96 (200) 380 482 (100) 540 45 612
(200) 17 77 708 47 871 930 48 (100). 51056 128 66 366 422
60 (100) 579 686 745 76 861 (1000) 98. 52003 61 176 87 200
23 (100) 55 316 43 44 55 (200) 483 522 (100) 644 55 (200) 84 736
46 67 78. 53034 115 39 224 51 356 68 601 (100) 6 705 14 817
63 70 952. 54049 100 20 247 61 467 68 510 641 85 819 27
(100) 42 68. 55013 22 83 98 (1000) 162 252 81 (500) 316 25 72
454 514 27 (100) 95 (+28 57 58 (100) 60 69 78 84 944 84 85. 56013
(500) 25 27 31 218 43 44 97 (200) 314 449 58 88 89 500 31 (100)
43 662 701 28 40 99 912 49 61 (200). 57001 4 9 118 (100) 35
(100) 82 243 (100) 57 (100) 325 473 76 94 619 25 40 733 61 841
911 (100). 58016 69 107 331 402 627 (200) 38 39 47 49 720
871 (200) 99. 59043 57 (100) 100 207 54 345 457 61 84 (200) 503
70 76 601 712 827 47 57 924.

60027 263 373 (200) 471 603 (200) 16 61 792 (100) 810 25 31
68 932. 61007 45 (200) 68 135 (200) 200 343 (200) 443 49 534 39
58 93 624 708 83 856 912. 62006 10 32 49 71 (100) 108 21 29 52
87 (100) 333 (100) 468 617 702 25 (200) 29 (500) 815 44 (100) 95
919. 63021 267 80 422 28 (100) 524 616 824 (500). 64004 227 (100)
96 333 400 2 510 30 84 662 88 779 807 43 93 905 19 41 73 (100).
65014 29 58 104 81 243 54 310 18 33 38 (500) 407 84 552 619 49
60 70 723 36 47 91 844 60 915 32 (1000) 48 (200) 55 (100) 92 (1000).
66140 (100) 205 22 69 85 (100) 307 13 94 (200) 479 (500) 511 17
(200) 81 635 66 91 794 868. 67003 61 75 118 25 63 366 454 (1000)
97 516 17 37 600 52 90 760 836 71 (100) 908. 68169 95 (100) 249 75
93 96 (100) 324 (200) 90 572 (100) 643 45 869 967. 69004 52 65 160
(200) 80 85 265 417 77 509 20 82 632 41 63 737 49 802 79 965 86.

70110 61 92 418 635 50 64 705 20 23 (100) 75 863 839 54
(1000) 925. 71006 7 42 51 70 305 400 14 (1000) 51 66 99 502 9
78 97 633 88 727 828 55 84 990. 72141 260 (200) 68 (1000) 94
363 89 476 99 506 11 15 59 66 682 (100) 707 17 (500) 840 62 930
(1000) 44 46 80. 73028 83 176 269 72 (500) 314 57 61 450 (1000)
509 53 609 29 53 718 (100) 817 39 58. 74001 25 50 128 73 208
44 71 75 91 470 90 501 11 56 69 602 717 21 29 848 52 63 (200)
903 12 (500) 21 61 95. 75005 54 56 (200) 146 52 (100) 53 60 62
299 307 408 45 57 77 (100) 512 73 87 629 54 71 899 919 47 60
66 75 87. 76015 65 70 71 95 144 (1000) 228 301 75 78 429 651
54 703 867 931 40. 77007 (100

Druck und Verlag von B. Dier u. Comp. (F. Köffel) in Bielefeld.